
(Absender)

Thüringer Landesverwaltungsamt
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar

„Einrichtung eines Untertagebergwerkes zur Kaligewinnung und übertägiger Anlagen zur Düngemittelproduktion“, Vorhaben der Südharz Kali GmbH

Stellungnahme zur Raumverträglichkeitsprüfung

Ich lehne hiermit die Errichtung des o.g. Untertagebergwerkes zur Kaligewinnung und übertägiger Anlagen zur Düngemittelproduktion im Ort Bernterode und Bernterode / Schacht und in der Region im vollen Umfang ab.

Begründung:

Bereits Anfang der 1990 Jahre wurden die Bergwerke Bischofferode, Sollstedt, Bleicherode geschlossen. Nach 93 Jahren soll nun die Bergwerktradition in Bernterode Schacht wieder zum Leben erweckt werden, da sich die Marktlage für Kalidünger gerade positiv entwickelt. Es sollte bedacht werden, wenn wieder ein neues Kalibergwerk in Bernterode Schacht eröffnet wird, dass es sich jetzt in einer bewohnten Siedlung befindet. Das Bergwerk wurde 1931 wegen Unrentabilität und wegen schwieriger Untertageverhältnisse geschlossen. Es gab zu diesem Zeitpunkt kaum bewohnte Häuser. Die Ansiedlung von Menschen, Tier und Natur sowie die Errichtung von Wohnhäusern begann nach der Schließung. Die Anwohner in Bernterode, am Hellberg und im Ortsteil Bernterode Schacht, aber auch der angrenzenden Orte sowie die Fauna und Flora wären 24 Stunden/7 Tage die Woche von **Lärm** (durch Förderung, Produktion und Schwerlastverkehr), von **Luftverschmutzung** (durch Dieselabgase, Feinstaub, Salzstaub und potentieller Strahlenbelastung) und von Lichtemissionen (dauerhafte Beleuchtung nachts) stark betroffen. Insbesondere zu Strahlenbelastungen und **Lichtverschmutzung** sind in den Unterlagen zur Raumverträglichkeitsprüfung keine Angaben gemacht.

Die **Lärmgrenzwerte** am Tag liegen am Limit und in der Nacht werden diese teilweise wesentlich überschritten. Dabei beruhen die überschläglich berechneten Lärmprognosen zusätzlich auf unkorrekten Angaben zum Schwerlastverkehr wie nachfolgend nachgewiesen und zum innerbetrieblichen Transport. Bei einem Ansatz der tatsächlich zu erwartenden Verkehrsbelastungen auf der Straße und der Schiene, hier auch insbesondere durch den Rangierbetrieb am Bahnhof in Bernterode, ist mit noch höheren Lärmbelastungen zu rechnen als in den Vorhabenunterlagen angegeben worden sind. Dies betrifft auch die Belastungen durch Feinstaub und Dieselabgase und Ruß.

Die Kali Südharz GmbH hat angegeben etwa 50% der produzierten Düngermengen auf der Schiene und etwa 50% auf der Straße transportieren zu wollen. Der **Straßentransport** soll dabei täglich zwischen 55 und 75 LKW betragen. Angegeben wurde weiterhin eine Produktionsmenge von 2 Mio. Tonnen Kalidünger und NaCl pro Jahr, die abtransportiert werden müssen. Ein 40-Tonnen-Schwerlast-LKW fasst im Mittel 25 Tonnen Transportgut. Bei 1 Mio. Tonnen (= 50%) über Straßentransport bedeutet das 40.000 beladene LKW-Fahrten und 40.000 Leerfahrten, also 80.000 LKW-Fahrten zusätzlich zum jetzigen Verkehrsaufkommen pro Jahr. Bei 250 Arbeitstagen entspricht dies 320 Schwerlast-LKW pro Tag, also 5 mal so viel wie von der australischen Konzerntochter Kali Südharz GmbH im Verfahren angegeben! Und das noch unter der durchaus bei vergleichbaren Industriebetrieben wirklichkeitsfremden Annahme, dass

tatsächlich 50% über die Schiene transportiert werden würden. Können nur 35% über die Schiene transportiert werden, da zum Beispiel die Abnehmer nicht über einen Gleisanschluss verfügen oder keine ganzen Züge abnehmen können – die Hauptabsatzmärkte sind von Kali Südharz mit Deutschland und Europa angegeben – so erhöht sich die LKW-Anzahl schon auf 104.000 pro Jahr.

In den Verfahrensunterlagen wurde auf sehr wichtige Kriterien nicht weiter eingegangen, wie zum Beispiel Natur und Umwelt. Wir werden ständig aufgerufen unsere Umwelt und Natur zu schützen und klimaneutral sowie Treibhausgas vermeidend zu handeln. Dieses Vorhaben der Südharz Kali GmbH kann das leider nicht vorweisen, im Gegenteil, es ist darauf ausgerichtet unserer Umwelt nachhaltig Schaden zuzufügen! Aus den Unterlagen geht hervor, dass ein Energieverbrauch von 420.000 MWh Gas sowie 580.000 MWh Strom und zwar pro Jahr geplant ist sowie Unmengen von Dieselkraftstoff für den Schwerlastverkehr und den innerbetrieblichen Verkehr benötigt werden. Dadurch entstehen gewaltige Mengen an **klimaschädlichen Treibhausgasen**. Das ist unverantwortlich und darf nicht abgewogen werden.

Allein mit dem **Energieverbrauch** der geplanten Industrieanlagen (Gas + Strom) könnten 133.000 Einfamilienhäuser (Durchschnittsverbrauch 7.500 kWh/a eines durchschnittlich gedämmten EFH) mit etwa 450.000 bis 530.000 Einwohnern beheizt werden. Das entspricht ca. dem vier- bis fünffachen der Einwohnerzahl des Eichsfeldkreises!

Während überregionale Konzerne und deren Aktionäre von der Kaliproduktion profitieren, trägt die lokale Bevölkerung die Last der ökologischen und sozioökonomischen Folgen. Die Priorisierung von Aktienkursen und Unternehmensgewinnen über das Wohl der Gemeinschaft und die Nachhaltigkeit der Umwelt und des Naturschutzes zu stellen ist inakzeptabel und nicht abwägbar.

Die Beurteilung von **Flora und Fauna** wurde lediglich in einem Umkreis von 300-500 m um die geplanten Industriestandorte vorgenommen, was unsachgemäß die Realität der vorkommenden geschützten Pflanzen und Tiere nicht widerspiegelt. Allein die hier lebenden Fledermäuse, der Schwarzstorch, der Rotmilan sowie die Wildkatzen und Luxe wären völlig in ihrem Lebensraum beschränkt bzw. gefährdet, durch die geplanten hohen Gebäude von 40-50 m sowie durch den ständigen Lärm und die Lichtemission nachts.

Zur Kaliproduktion wird ein **Wasserbedarf** von 75 m³/pro Stunde (24/7) benötigt, was jährlich 657.000 m³ entspricht. In den kommenden 30 Jahren wären das 19,71 Mio. m³ Wasserverbrauch. (Ein Zweifamilienhaushalt hat einen Wasserverbrauch von ca. 150 m³/Jahr.) Für unsere Region ist dies eine riesige Verschwendung des Wasserhaushaltes sowie eine Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen, die uns noch zur Verfügung stehen. In Zeiten des Klimawandels, der kommenden Wasserknappheit und von Dürreperioden ist das unverantwortlich. Der Grundwasserspiegel wird dadurch abgesenkt. Mensch und Natur werden darunter leiden. Welche Garantien gibt der Vorhabenträger, dass die Trinkwasserressourcen während der gesamten Laufzeit der Anlage unvermindert zur Verfügung stehen?

Zudem besteht die Gefahr der **Versalzung unseres Grundwassers** durch Versickerung von Oberflächenwasser, welches aus der Kalihalde oder aus Produktionsprozessen des Kaliwerkes stammt. Negative Beispiele gibt es dazu genügend im Kalibergbau. Ein großes Risiko besteht außerdem bei Starkregenereignissen, die wir in dieser Gegend in letzter Zeit vermehrt hatten. Hier reichen die Sickerwasserauffang- und Regenrückhaltebecken der Halde und an den Werksstandorten mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht, um ein Überlaufen und ein Einleiten von Salzwasser und Lauge in die Vorfluter **und** damit in die **Oberflächengewässer** zu verhindern. Dadurch würde eine Umweltkontamination und ein Sterben von Wassertieren hervorgerufen sowie das Ökosystem und die Aquafauna nachhaltig schädigen. Das muss verhindert werden. Der Vorhabenträger soll nachweisen, mit welchen Werten er die verstärkt auftretenden Starkregenereignisse und Jahrhundertregenereignisse sowie den neuen Starkregenindex in seine Prognosen und Rückhaltevolumenberechnungen berücksichtigt hat.

Ein weiteres Risiko besteht im Betreiben der geplanten Pipeline für den Transport der Kalifeststoffe, die in Sole gelöst sein sollen, vom geplanten Standort Bernterode/Schacht zur Verarbeitung und Produktion in Bernterode Nähe Bahnhof. Einer **Havarie an der Pipeline**, die vom Betreiber Südharz Kali für möglich

gehalten wird, da man bereits mit Leckagesensoren an der Pipeline plant, würde eine erhebliche Schädigung der Umwelt nach sich ziehen. Weite Teile vom Boden würden kontaminiert mit schweren Folgen für die Umwelt. Zudem würde Salzlauge in Vorfluter laufen oder aber auch ins Grundwasser versickern. Anliegende Grundstücke von Bewohnern entlang der geplanten Trasse wären besonders gefährdet. In den Unterlagen findet sich dazu **keine Gefahrenbeurteilung** und auch sonst kein weiterer Hinweis. Gefahrenbeurteilungen finden sich übrigens auch zu anderen Produktions-, Förder- und Verarbeitungsprozessen nicht in den Unterlagen. Da solche Untersuchungen essentiell für eine Gefahrenabschätzung sind und diese nicht vorhanden sind, wird das Vorhaben ebenfalls abgelehnt. Die Umweltschadenrisiken sowie die Risiken für Mensch und Tier sind dafür einfach zu hoch.

Es ist beabsichtigt vom Vorhabenträger, auch das geklärte **Brauchwasser** aus der Kläranlage von Bernterode für den Betrieb des Kaliwerkes zu entnehmen, und zwar bis zu 30 Kubikmeter pro Stunde. Dadurch kann es zum Trockenlaufen der Wipper kommen, in welche das Brauchwasser zur Zeit eingeleitet wird. Hierdurch würden eine Vielzahl von Tieren in Ihrer Existenz, inklusive des sich wieder angesiedelten Biebers, gefährdet. Da es in den kommenden Jahren immer weniger Niederschläge geben soll, ist eine Entnahme dieses Wassers nicht möglich und zu untersagen. Schon jetzt führt die Wipper im Sommer sehr wenig Wasser, so dass bereits Entnahmen für die Gartenbewässerung nicht möglich sind.

Die Verdampfung dieser enormen Wassermengen (bis zu 75 Kubikmeter pro Stunde) im Produktionsprozess wird das **Mikroklima** insbesondere das des im Talkessel liegenden Ortes Bernterode und der weiteren Nachbargemeinden deutlich negativ beeinflussen.

Weiterhin kommt es zu einer Trinkwassergefährdung durch **Versalzung des Bodens** wie bereits oben aufgeführt. Noch heute versickert tagtäglich ausgespülte Salzlauge aus dem seit über 100 Jahren aufgeschütteten Kalirückstandsberg in Bernterode/Schacht in das Erdreich und in das Grundwasser.

Ein sehr wichtiger Punkt in der Raumverträglichkeitsprüfung wurde nicht genannt und nicht einmal erläutert. Mit dem Abbau und derer Nutzung von Materialien aus dem Untergrund werden von der Kali Südharz **radioaktive Stoffe** in unseren Lebensraum gebracht. Durch den Abbau, die Lagerung und die Verarbeitung von 4,5 Mio. Tonnen Fördergut und damit der Gewinnung von 1 Mio. Tonnen Kaliumchlorid pro Jahr können die Grenzwerte sehr schnell überschritten werden. In der Raumverträglichkeitsprüfung gibt es keine Erklärungen sowie keine Stellungnahmen zur im Kalibergbau allgemein bekannten Problematik Strahlungswerte und deren Entwicklung in der Produktion und Verarbeitungsphase. Und das, obwohl Betreiber von Kaliwerken verpflichtet sind, regelmäßig detaillierte Berichte über die Überwachungsergebnisse und die durchgeführten Risikobewertungen an die zuständige Behörde, das **Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)**, zu übermitteln. Diese Berichte müssen Informationen über die gemessenen Aktivitätskonzentrationen von Kalium-40, die Ergebnisse der Dosisüberwachung der Mitarbeiter und die Umweltüberwachungsdaten enthalten. Durch das Verschweigen dieser Fakten nimmt der Vorhabenträger dieses Risiko nicht ernst. Das ist zu bemängeln.

Die landwirtschaftliche Produktivität und der Tourismus, wichtige Wirtschaftsfaktoren in der Region, leiden unter den **Umweltschäden** und der drastischen **Veränderung des Landschaftsbildes** durch 40 bis 50 m hohe gewaltige Industrieanlagen und den geplanten Rückstandsberg. Die langfristigen ökonomischen Kosten für die Gemeinschaft durch Umweltsanierung und Imageverlust können erheblich sein. Der Vorhabenträger soll erläutern, in welcher Höhe und in welcher Art er die notwendigen **finanziellen Sicherheiten für den Rückbau** der geplanten Kalihalde plant. Dies gilt ebenfalls für die oberirdischen Industrieanlagen. Das Szenario einer Werksschließung oder einer Insolvenz wegen Unwirtschaftlichkeit ist bisher nicht betrachtet worden. Dies hat der Vorhabenträger darzulegen. Die für den Rückbau notwendigen und in der Höhe ausreichenden Sicherheiten müssen insolvenzfest bei der zuständigen Landesbehörde hinterlegt werden.

Die laut Aussage Südharz Kali GmbH auf dem Weltmarkt notwendige zusätzliche Düngermenge von 1 Mio. Tonnen kann von den großen Weltmarktproduzenten ohne die enormen Eingriffe in die hiesige Umwelt leicht zusätzlich in bereits vorhandenen Anlagen produziert werden. Allein der Weltmarktführer Kanada müsste seine Produktion nur um 5% erhöhen. Jedoch wird in Kanada aktuell ein Bergwerk geschlossen, da der Weltmarktpreis für die Tonne Kalidünger durch ein hohes Angebot extrem niedrig

ist! Damit stellt der **angebliche Bedarf keinen Grund** dar, die Interesse der Bürger und der Umwelt des Eichsfeldkreises über die wirtschaftlichen Interessen des Vorhabenträgers, einer Tochtergesellschaft eines ausländischen Konzern, der ausschließlich durch Risikokapital von renditegetriebenen Kapitalinvestoren finanziert ist, zu stellen und diese abzuwägen! Wenn ca. 2030 das neue Bergwerk auf Vollast laufen sollte, werden die jetzt gedrosselten Produktionsmengen in Russland und Belarusland wieder erhöht werden. Auch dadurch ist die **1 Mio. Tonnen geplantes Produktionsvolumen** an Kalidünger der Südharz Kali GmbH für das neue Bergwerk auf dem Weltmarkt und in Deutschland **nicht notwendig**. Die wirtschaftlichen Risiken und die Umweltrisiken rechtfertigen eine solche umweltschädliche, treibhausgasproduzierende und menschengeschädigende Neuerrichtung nicht!

Durch das Profitstreben der Kali Südharz GmbH und ihrer australischen Muttergesellschaft soll der Umwelt mit einer alten Technologie großer Schaden zugefügt werden. Überall wird in Deutschland CO2 eingespart, nur hier sollen riesige neue Emissionen an **umweltschädlichem Treibhausgas** durch eine unnötige Kaliproduktion, sowie die Errichtung der gesamten Anlagen entstehen. Das macht umweltpolitisch keinen Sinn, widersetzt sich dem Geist unserer heutigen und der zukünftigen Zeit und ist vollkommen abzulehnen. Durch Profitstreben soll die Erderwärmung weiter ansteigen, die als Folge Verlust von landwirtschaftlichen Flächen hat, was dann ausgeglichen werden soll, gemäß Aussage von Südharz Kali GmbH, durch intensivere Landwirtschaft, für welche Kalidünger (der Südharz Kali GmbH) benötigt wird. Diese umweltschädliche und zugleich profitmaximierende Abwärtsspirale darf nicht als raumverträglich und umweltverträglich im Verfahren genehmigt werden. Hierbei sollte jeder Beamter, Angestellter und Politiker seiner **Verantwortung** für unsere Umwelt und für die jetzige und zukünftige Generationen **gerecht werden!**

Durch die sogenannte temporäre innerbetriebliche Zwischenlagerung der Fördergutreste = Rückstandshalde, durch die Reserveflächen für die Tagesanlagen, Leitungstrassen und Regenrückhaltebecken werden zusätzlich zu den von der Gemeinde ausgewiesenen Gewerbeflächen in etwa 50 Hektar **Ackerland** und Stilllegungsflächen zusätzlich **versiegelt**. Außerdem kommt es zum Verlust der Solarparks im Bereich der Ortsteile Bernterode und Bernterode Schacht. 1,5 Hektar angelegte **Biotopfläche** werden mit dem Kaliwerk komplett **überbaut**.

Abschließend möchte ich anmerken, dass ein solches Vorhaben nicht mit dem Klimaanpassungsgesetz vom 22.12.2023, welches am 01.07.2024 für Bund, Länder und Gemeinden in Kraft tritt, vereinbar ist.

Zudem ist das Vorhaben **planungsrechtlich nicht** durch entsprechende Bebauungspläne **abgesichert**. Die beanspruchten Flächen liegen größtenteils in nicht überplanten Bereichen bzw. in Bereichen, die für eine andere Nutzung vorgesehen sind. Per se sind ein **Industriegebiet** und eine unmittelbar daran angrenzende **Wohnbebauung** und Wohnnutzung **nicht verträglich** und schließen sich aus. Allein aus diesem Grunde schon ist das Vorhaben nicht durchführbar und ist in der Raumverträglichkeitsprüfung abzulehnen!

Ich bin somit in Gänze gegen dieses Vorhaben, welches Mensch, Umwelt, Flora und Fauna gefährden würde und schädigen kann sowie das Landschaftsbild nachhaltig beeinträchtigen würde und zudem planungsrechtlich nicht zulässig ist.

Weitere Anmerkungen:

(Ort, Datum)

(Unterschrift/en)